

Es gilt das gesprochene Wort!

TOP Aktuelle Stunde – Eigenheimzulage

Dazu sagt die finanzpolitische Sprecherin der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen,

**Monika Heinold:**

**Fraktion im Landtag  
Schleswig-Holstein**

Pressesprecherin  
**Claudia Jacob**

Landeshaus  
Düsternbrooker Weg 70  
24105 Kiel

Durchwahl: 0431/988-1503  
Zentrale: 0431/988-1500  
Telefax: 0431/988-1501  
Mobil: 0172/541 83 53  
E-Mail: [presse@gruene.ltsh.de](mailto:presse@gruene.ltsh.de)  
Internet: [www.sh.gruene-fraktion.de](http://www.sh.gruene-fraktion.de)

**Nr. 364.04 / 10.11.2004**

## **CDU blockiert 60 Millionen Euro Mehreinnahmen für Bildung**

In den meisten Bundesländern gibt es inzwischen eine sehr ernsthafte Debatte um das Pro und Contra der Eigenheimzulage. So titelt die Welt am 4.11.2004: „Eigenheimzulage: Widerstand der Union scheint zu bröckeln“. Der saarländische Ministerpräsident Peter Müller signalisiert Kompromissbereitschaft, seine Regierung sei bereit, an der bundesweiten Konsolidierung für die öffentliche Hand mitzuwirken.

Auch der Hamburger Finanzsenator Wolfgang Peiner ist für Änderungen offen: „Die allermeisten Länder gehen ohne ideologische Vorbehalte an diese Frage heran“, so sagte er letzte Woche dem Handelsblatt, und weiter: „Bei allen Ländern wächst die Bereitschaft, über die Eigenheimzulage nachzudenken.“

Die Eigenheimzulage wurde schon 2003 mit den Stimmen der CDU eingeschränkt, ist aber mit 5,6 Mrd. Euro noch immer eine der größten Steuersubventionen. Allein für Schleswig-Holstein würde die Abschaffung mittelfristig Mehreinnahmen von 60 Mio. Euro bringen.

Ziehen wir hiervon gut 10 Mio. Euro für die Kommunen ab, die sich mit Sicherheit auch über mehr Einnahmen freuen, bleiben noch immer 50 Mio. Euro. Das entspricht dem Gegenwert von zirka 1000 Lehrerstellen, damit wäre beispielsweise der Einstieg in die verpflichtende Vorschulbildung in der Kindertagesstätte möglich.

Die CDU blockiert aus rein parteitaktischer Motivation eine Stärkung unseres Bildungssystems und das, obwohl inzwischen mehrere Studien belegen, dass die Bundesrepublik Deutschland dringend mehr in seine Bildung investieren muss. Diese Verweigerungshaltung ist nicht akzeptabel!

Meine Damen und Herren von der Opposition, nehmen Sie sich ein Beispiel an den CDU-geführten Bundesländern, die sich für eine offene und ehrliche Debatte einsetzen.

Ermöglichen Sie endlich den überfälligen Subventionsabbau in Deutschland, nehmen Sie Ihre Verantwortung für die Bildung unserer Kinder ernst! Bildung statt Mitnahmeeffekte – das müsste doch ein parteiübergreifender Konsens sein!

Wer mit offenen Augen durch das Land geht, erkennt schnell, dass sich die klassische Eigenheimförderung überholt hat und dass sie kontraproduktiv ist. Die jetzige Förderung von Wohneigentum führt strukturpolitisch ins Aus: Städte veröden, Altbauten stehen leer, Zersiedelung und Flächenfraß sind die Folge. Ökologisch und ökonomisch ist dieser Einsatz von Steuergeldern nicht zu rechtfertigen.

Die Eigenheimzulage ist aber auch sozial ungerecht: Wer Geld hat, um zu bauen, erhält vom Staat einen Zuschuss. Wer aus finanziellen Gründen kein Eigentum erwerben kann, schaut in die Röhre.

Der Mieterbund hat vor zwei Jahren berechnet, dass rund drei Viertel derjenigen, die die Eigenheimzulage erhalten, zu den 40 Prozent der reichsten Haushalte in der Bundesrepublik Deutschland gehören.

„Wir müssen uns auf die Kernaufgaben des Staates konzentrieren“, so eine viel bemühte Aussage insbesondere der CDU.

Kernaufgabe des Staat muss es sein, bezahlbaren Wohnraum zur Verfügung zu stellen, auf Wohnungsmangel zu reagieren und durch Förderprogramme, Anreize für die Sanierung von Altbauten und Energiesparmassnahmen zu schaffen. Die klassische Eigenheimzulage gehört hingegen abgeschafft.

Ich hoffe darauf, dass sich im Bundesrat die Vernunft und nicht parteipolitisches Kalkül durchsetzen wird!

\*\*\*